

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Jörg Schneider, Gerrit Huy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5632 –**

Fehlende Arbeitsanreize beim Bürgergeld und Wohngeld – Interdependenzen der sozialen Transfersysteme

Vorbemerkung der Fragesteller

Eine alleinstehende Person im Bürgergeldbezug kann durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ein monatliches Nettoeinkommen von höchstens 850 Euro erreichen (502 Euro Regelsatz zuzüglich 348 Euro Erwerbstätigenfreibetrag). Dieses Einkommen wird beim aktuellen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde nach etwa 23 geleisteten Wochenarbeitsstunden erreicht (12 Euro pro h x 23,08 h x 4,333 w pro m). Jede darüber hinaus geleistete Arbeitsstunde erhöht das Nettoeinkommen des Bürgergeldbeziehers nicht mehr, da die Transferenzugsrate bei Überschreiten der Einkommensgrenze von 1 200 Euro pro Monat 100 Prozent beträgt (§ 11b Absatz 3 Nummer 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)).

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) anhand einer Beispielrechnung mit Wohngeldbezug aufzeigt, fehlen auch im darüber liegenden Einkommensbereich bis 1 650 Euro unter Umständen die finanziellen Anreize, die eigene Erwerbstätigkeit auszuweiten bzw. eine entsprechende Erwerbsarbeit aufzunehmen. Anhand des aufgezeigten Beispiels wird ersichtlich, dass eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung im Entgeltbereich zwischen 1 200 und 1 650 Euro aufgrund der Transferenzugsrate beim Wohngeld zu keinem höheren verfügbaren Einkommen führt. Erst eine deutliche Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit auf mindestens 32 Wochenstunden (12 Euro pro h x 32 h x 4,333 w pro m) führt zu einer weiteren Steigerung des verfügbaren Einkommens (<https://www.iab-forum.de/grundsicherung-fuer-arbeitsuchende-hohe-kosten-der-unterkunft-koennen-die-integration-in-den-arbeitsmarkt-erschweren/>).

Der arbeitsmarktpolitische „Totbereich“, also der Bereich, in dem sich die Ausweitung oder Aufnahme einer Erwerbstätigkeit aufgrund des Zusammenspiels von Bürgergeld und Wohngeld für den Einzelnen finanziell nicht rechnet, zeigt sich auch in folgendem Beispiel:

Ein erwerbstätiger Singlehaushalt erzielt bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden zum aktuellen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde ein Bruttoeinkommen von 1 560 Euro (12 Euro pro h x 30 h x 4,333 w pro m). Das entspricht einem Nettoeinkommen von 1 200 Euro. Die Nettokaltmiete der 43

qm großen Wohnung in Berlin beträgt 11,69 Euro pro qm (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5104, Tabelle 4 und 12). Hinzu kommen 1,66 Euro pro qm kalte bzw. 2,56 Euro pro qm warme Betriebskosten (<https://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0719/berliner-betriebskosteneubersicht-2019-waermekosten-gesunkenkalte-betriebskosten-gestiegen-071921.htm>). Die Gesamtmiete des Singlehaushalts beläuft sich auf insgesamt 612,75 Euro. Der Haushalt besitzt damit einen Wohngeldanspruch von 247 Euro (<https://www.wohngeld.org/wohngeldrechner/>). Das verfügbare Haushaltseinkommen beläuft sich bei einer Erwerbstätigkeit von 30 Stunden somit auf 834 Euro (1 200 Euro Nettoeinkommen – 612,75 Euro Miete + 247 Euro Wohngeld).

Reduziert der beschriebene Haushalt nun seine wöchentliche Arbeitszeit von 30 auf 20 Stunden, sinkt sein Bruttoeinkommen auf 1 040 Euro (12 Euro pro h x 20 h x 4,333 w pro m). Der Haushalt wechselt aus dem Wohngeldbezug in den Bürgergeldbezug. Aufgrund des Erwerbstätigenfreibetrags (§ 11b SGB II) bleiben dem Haushalt vom erzielten Einkommen 332 Euro anrechnungsfrei erhalten. Die Kosten der Unterkunft von 612,75 Euro werden vom Jobcenter vollständig übernommen (Karenzzeit). Das verfügbare Haushaltseinkommen bei einer Erwerbstätigkeit von 20 Stunden beläuft sich – trotz der deutlich reduzierten Stundenzahl – weiterhin auf 834 Euro (502 Euro Bürgergeld + 332 Euro Erwerbstätigenfreibetrag).

Durch den Wechsel aus dem Wohngeld- in den Bürgergeldbezug entfällt für den Haushalt u. a. die Verpflichtung zur Zahlung des Rundfunkbeitrages (18,36 Euro pro Monat). Demnach stellt sich im aufgezeigten Beispiel nicht nur ein zeitlicher, sondern auch finanzieller Vorteil mit der Reduzierung der Stundenzahl ein.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die vom IAB aufgezeigten Fehlanreize, und sind diese der Bundesregierung bekannt?
2. Plant die Bundesregierung, die vom IAB aufgezeigten Fehlanreize zu beseitigen, und wenn ja, wann wird dies voraussichtlich erfolgen?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Beseitigung der vom IAB aufgezeigten Fehlanreize die Erwerbsbeteiligung steigern könnte, und wenn nein, warum nicht?
4. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag des IAB, die Hinzuverdienstgrenzen beim Bürgergeld von derzeit 1 200 Euro (bzw. 1 500 Euro) abzuschaffen?
5. Sprechen aus Sicht der Bundesregierung Gründe für eine Abschaffung der Hinzuverdienstgrenzen beim Bürgergeld, und wenn ja, welche?
6. Sprechen aus Sicht der Bundesregierung Gründe gegen eine Abschaffung der Hinzuverdienstgrenzen beim Bürgergeld, und wenn ja, welche?
7. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des IAB, dass eine Abschaffung der Hinzuverdienstgrenzen beim Bürgergeld die Zahlungen im Bereich der Kosten der Unterkunft reduzieren könnte?

Die Fragen 1 bis 7 werden gemeinsam beantwortet.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, dass mehr Menschen eine möglichst umfangreiche Beschäftigung aufnehmen, um ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten zu können, ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FPD wurde vereinbart, die Einkommensfreibeträge im Bürgergeld, Wohngeld und weiteren Sozialleistungen zu harmonisieren und mit dem Ziel zu reformieren, mehr sozi-

alversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen. Im Zuge der Einführung des Bürgergeldes wurden die Freibeträge für Einkommen zwischen 520 und 1 000 Euro auf 30 Prozent (bisher 20 Prozent) erhöht. Dadurch erzielen Bürgergeldbeziehende, die mehr arbeiten, ein höheres Gesamteinkommen als bisher. Für eine umfassende Reform der Erwerbsanreize hat die Bundesregierung ein Forschungsvorhaben vergeben, das Eckpunkte für eine Reform entwickeln soll. Der Titel des Vorhabens lautet: „Forschungsvorhaben zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize“.

Ziel des Forschungsvorhabens ist es Bürgergeld, Wohngeld und gegebenenfalls weitere steuerfinanzierte Sozialleistungen so aufeinander abzustimmen, dass die Transferentzugsraten die günstigsten Wirkungen hinsichtlich Beschäftigungseffekten und Arbeitsmarktpartizipation in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erzielen, die Zuverdienstmöglichkeiten verbessert und Grenzbelastungen von 100 und mehr Prozent ausgeschlossen werden. Das Forschungsvorhaben sieht erstens eine Analyse der Erwerbsanreize im derzeitigen und künftigen System der sozialen Sicherung vor. Zweitens werden Eckpunkte für eine Reform der Erwerbstätigenfreibeträge im Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen entwickelt.

Der Zuschlag wurde an das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (ifo Institut) erteilt. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist Unterauftragnehmer. Der Schlussbericht soll Ende September 2023 vorliegen.

Generell ist festzuhalten, dass Freibeträge auf erzielttes Erwerbseinkommen sicherstellen, dass die mit der Erzielung dieses Einkommens verbundenen Aufwendungen gedeckt werden können. Zudem bieten sie einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Mit den bestehenden Freibetragsregelungen wird sichergestellt, dass Personen im Leistungsbezug mit Erwerbseinkommen stets über höheres Einkommen verfügen als ohne Erwerbseinkommen.

8. Wie hoch ist aktuell die Anzahl sowie der Anteil der Regelleistungsberechtigten (bitte nach Bund, Bundesländern, Westdeutschland, Ostdeutschland sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer getrennt, ausweisen)?
9. Wie hoch ist aktuell die Anzahl sowie der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (bitte nach Bund, Bundesländern, Westdeutschland, Ostdeutschland sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, getrennt ausweisen)?
10. Wie hoch ist aktuell die Anzahl sowie der Anteil der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (bitte nach Bund, Bundesländern, Westdeutschland, Ostdeutschland sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, getrennt ausweisen)?

Die Fragen 8 bis 10 werden gemeinsam beantwortet.

Aktuelle endgültige Daten zu den Leistungsberechtigten im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) lagen zum Zeitpunkt der Fragestellungen bis Oktober 2022 vor. In diesem Monat gab es 5,39 Millionen Regelleistungsberechtigte, darunter 3,83 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte und hierunter wiederum 807 000 erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Letztgenannte sind erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die zugleich über zu berücksichtigendes Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit (Bruttoeinkommen) und/oder über verfügbares Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Betriebsgewinn) verfügen. Differenzierungen

nach den gewünschten Merkmalen können Tabelle 1 im Anhang entnommen werden.*

11. In welchen 15 Berufsgruppen (nach Klassifikation der Berufe (KldB) 2010, 3-Steller) ist die Anzahl sowie der Anteil der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aktuell am höchsten?
12. In welchen zehn Wirtschaftsgruppen (Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) 2008) ist die Anzahl sowie der Anteil der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aktuell am höchsten?
13. Wie hoch ist aktuell die Anzahl sowie der Anteil der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die ein Bruttoerwerbseinkommen
 - a) unter 450 Euro,
 - b) unter 520 Euro,
 - c) zwischen 450 und 850 Euro,
 - d) zwischen 850 und 1 200 Euro,
 - e) zwischen 1 200 und 1 500 Euro,
 - f) zwischen 1 500 und 2 000 Euro bzw.
 - g) mehr als 2 000 Euro

aufweisen (bitte nach Bund, Bundesländer, Westdeutschland, Ostdeutschland, Alter: unter 18 Jahre, unter 25 Jahre, 25 bis unter 55 Jahre, 55 Jahre und älter, nach Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typ: Single-BG, Alleinerziehende-BG, Alleinerziehende-BG mit einem Kind, Alleinerziehende-BG mit zwei Kindern, Partner-BG ohne Kinder, Partner-BG mit einem Kind, Partner-BG mit zwei Kindern, Partner-BG mit drei und mehr Kindern, sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, getrennt ausweisen)?

Die Fragen 11 bis 13 werden gemeinsam beantwortet.

Informationen zur beruflichen Tätigkeit bzw. dem Wirtschaftszweig der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden aus der Beschäftigungsstatistik gewonnen und lagen zum Zeitpunkt der Fragestellungen bis Juli 2022 vor. In diesem Monat gab es 413 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Differenziert nach Berufsgruppen war der größte Teil in Reinigungsberufen beschäftigt (60 000 oder 14,6 Prozent). Nach Branchen war der größte Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bereich der Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln (42 000 oder 10 Prozent) tätig.

Differenzierungen nach der Einkommenshöhe sind nur für die abhängig beschäftigten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten möglich. Abhängig beschäftigt waren im Oktober 747 000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, davon erzielten 358 000 oder 47,9 Prozent ein Bruttoeinkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze (520 Euro) und 32 000 oder 4,3 Prozent hatten ein Bruttoerwerbseinkommen von über 2 000 Euro monatlich. Weitere Differenzierungen nach den gewünschten Merkmalen können den Tabellen 2, 3 und 4 im Anhang entnommen werden.*

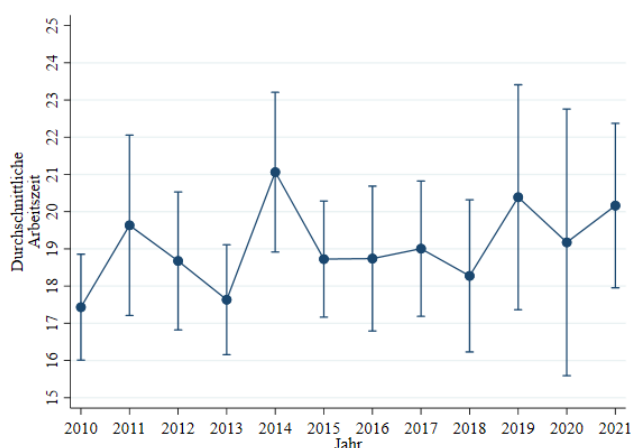
* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6058 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

14. Wie hat sich in den Jahren 2010 bis 2022 die durchschnittlich geleistete Zahl der Arbeitsstunden der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten jeweils entwickelt?

Die Arbeitsstunden von erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten liegen in administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit nicht vor. Daher wird zur Beantwortung die Stichprobenerhebung Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) herangezogen. Hier liegen je nach Jahr zwischen 471 und 1 378 Selbstauskünfte zur Arbeitszeit von erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vor. In die Analyse gehen Personen in Minijobs, Selbständige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ein. Für Personen in Minijobs und Selbständige wurde nach der wöchentlichen Arbeitszeit gefragt, für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der vertraglich vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit. Die wenigen Angaben (1,2 Prozent) oberhalb von 45 Stunden wurden auf 45 Stunden gekappt.

Aufgrund der Stichprobenerhebung sind die ausgewiesenen Werte mit einer Unsicherheit behaftet, die durch das 95-Prozent-Konfidenzintervall dargestellt wird.

Die folgende Abbildung gibt die Werte für die Jahre 2010 bis 2021 wieder. Für das Jahr 2022 liegen noch keine Ergebnisse vor. Der minimale Wert wird im Jahr 2010 mit 17,4 Stunden pro Woche erreicht (Konfidenzintervall 16,0 bis 18,8), der maximale Wert im Jahr 2014 mit 21,1 Stunden pro Woche (Konfidenzintervall 18,9 bis 23,2). Dazwischen und danach zeigt sich kein systematischer Trend. Die statistische Unsicherheit ist insgesamt größer als die Unterschiede zwischen den Jahren. Die Daten legen insgesamt nahe, dass es in den letzten zwölf Jahren keine systematischen Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit von erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gab.



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, PASS Welle 15v1

15. Wie hoch ist aktuell der Bestand an Regelleistungsberechtigten (RLB) mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von
- unter 1 Jahr,
 - 1 bis unter 2 Jahren,
 - 2 bis unter 3 Jahren,
 - 3 bis unter 4 Jahren,
 - 4 bis unter 5 Jahren,

- f) 5 bis unter 10 Jahren,
- g) 10 bis unter 15 Jahren und
- h) 15 Jahren und länger

(bitte insgesamt sowie getrennt nach Alter: unter 18 Jahre, unter 25 Jahre, 25 bis unter 55 Jahre, 55 Jahre und älter, sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer getrennt, ausweisen)?

16. Wie hoch ist aktuell der Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von

- a) unter 1 Jahr,
- b) 1 bis unter 2 Jahren,
- c) 2 bis unter 3 Jahren,
- d) 3 bis unter 4 Jahren,
- e) 4 bis unter 5 Jahren,
- f) 5 bis unter 10 Jahren,
- g) 10 bis unter 15 Jahren,
- h) 15 Jahren und länger

(bitte insgesamt sowie getrennt nach Alter: unter 18 Jahre, unter 25 Jahre, 25 bis unter 55 Jahre, 55 Jahre und älter, sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, getrennt ausweisen)?

17. Wie hoch ist aktuell der Bestand an erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von

- a) unter 1 Jahr,
- b) 1 bis unter 2 Jahren,
- c) 2 bis unter 3 Jahren,
- d) 3 bis unter 4 Jahren,
- e) 4 bis unter 5 Jahren,
- f) 5 bis unter 10 Jahren,
- g) 10 bis unter 15 Jahren,
- h) 15 Jahren und länger

(bitte insgesamt sowie getrennt nach Alter: unter 18 Jahre, unter 25 Jahre, 25 bis unter 55 Jahre, 55 Jahre und älter, sowie nach Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, getrennt ausweisen)?

Die Fragen 15 bis 17 werden gemeinsam beantwortet.

Die Verweildauer im Regelleistungsbezug misst, wie lange eine regelleistungsberechtigte Person vom Zugang bis zum Messzeitpunkt im Regelleistungsbezug war. Bei der Berechnung der Verweildauer werden nur Zeiträume berücksichtigt, in denen die Person einen Anspruch auf Gesamtregelleistung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bzw. Bürgergeld) hatte und damit als regelleistungsberechtigt (RLB) galt. Zeiträume, in denen keine Gesamtregelleistung (GRL) bezogen wurde, werden für die Dauerermittlung nicht berücksichtigt. Die bisherige Verweildauer im Regelleistungsbezug bezieht sich auf den Bestand an Regelleistungsberechtigten und bildet ab, wie lange Regelleistungsberechtigte bis zum Messzeitpunkt schon dem Bestand angehören. Sie misst die Zeitspanne vom Zugang als regelleistungsberechtigte Person bis zum jeweiligen statistischen Stichtag. Charakteristisch für diese Betrachtung ist, dass der Regelleistungsbezug auch nach dem Messzeitpunkt weiter andauert. Verweil-

dauern werden halbjährlich veröffentlicht und liegen nur für ausgewählte Dauerklassen vor.

Aktuelle Daten liegen bis Juni 2022 vor. In diesem Monat waren von den 5,33 Millionen Regelleistungsberechtigten 1,45 Millionen kürzer als ein Jahr und 2,36 Millionen vier Jahre oder länger im Regelleistungsbezug. Bei den 3,80 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 963 000 weniger als ein Jahr und 1,81 Millionen seit mindestens vier Jahren im Leistungsbezug. Von den 816 000 erwerbstätigen (mit Bruttoeinkommen) erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hatten 160 000 eine Verweildauer von unter einem Jahr und 420 000 waren länger als vier Jahre im Leistungsbezug.

Weitere Differenzierungen nach den gewünschten Merkmalen können Tabelle 5 im Anhang entnommen werden.*

18. In welchen 25 Landkreisen und kreisfreien Städten ist die durchschnittliche Mietbelastungsquote aktuell am höchsten?

Aus den Ergebnissen der vierjährigen Zusatzerhebung „Wohnen“ des Mikrozensus können Mietbelastungsquoten nach Bundesländern für das Jahr 2018 zur Verfügung gestellt werden. Erste amtliche Ergebnisse des Mikrozensus 2022 werden voraussichtlich im April 2023 veröffentlicht.

Zum Zeitpunkt der Kleinen Anfrage liegen der Bundesregierung keine Informationen zur Mietbelastungsquote nach Landkreisen und kreisfreien Städten vor.

Mietbelastungsquote nach Bundesländern 2018**

Gebiet	2018
Baden-Württemberg	27,1
Bayern	27,2
Berlin	28,2
Brandenburg	24,5
Bremen	29,8
Hamburg	30,4
Hessen	28,2
Mecklenburg-Vorpommern	26,1
Niedersachsen	26,9
Nordrhein-Westfalen	28,2
Rheinland-Pfalz	27,3
Saarland	27,7
Sachsen	22,7
Sachsen-Anhalt	25,0
Schleswig-Holstein	29,3
Thüringen	23,1
Deutschland	27,2
Westdeutschland	27,9
Ostdeutschland	25,2

** Die Mietbelastungsquote eines Haushalts bezeichnet den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6058 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Betrachtet werden Hauptmieterhaushalte in bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnungen in Wohnheimen).

19. In welchen 25 Landkreisen und kreisfreien Städten sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft aktuell am höchsten (bitte die Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft sowie pro qm ausweisen)?
20. Wie hoch sind jeweils die anerkannten Kosten der Unterkunft für die in Frage 19 genannten 25 Landkreise und kreisfreien Städte (bitte die Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft sowie pro qm ausweisen und jeweils die absolute sowie relative Differenz zu den tatsächlichen Kosten angeben)?
21. In welchen 15 Landkreisen und kreisfreien Städten sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft für Single-Bedarfsgemeinschaften aktuell am höchsten (bitte die Kosten der Unterkunft pro Single-Bedarfsgemeinschaft sowie pro qm ausweisen)?
22. Wie hoch sind jeweils die anerkannten Kosten der Unterkunft für Single-Bedarfsgemeinschaften für die in Frage 21 genannten 15 Landkreise und kreisfreien Städte (bitte die Kosten der Unterkunft pro Single-Bedarfsgemeinschaft sowie pro qm ausweisen und jeweils die absolute sowie relative Differenz zu den tatsächlichen Kosten angeben)?
23. Wie haben sich in den Jahren 2010 bis 2022 die tatsächlichen Kosten der Unterkunft pro qm sowie die anerkannten Kosten der Unterkunft pro qm jeweils entwickelt (bitte insgesamt sowie für Haushaltsgemeinschaften mit einer Person, zwei Personen, drei Personen, vier Personen, fünf Personen, sechs und mehr Personen jeweils getrennt ausweisen)?
24. Wie hat sich in den Jahren 2010 bis 2022 jeweils der Bestand der Bedarfsgemeinschaften mit folgender Art der Unterkunft jeweils entwickelt
 - a) Miete,
 - b) Wohneigentum,
 - c) sonstige (u. a. Unterkünfte, deren Kosten nach Tagessätzen berechnet werden,
 - d) keine Angabe?
25. Wie haben sich in den Jahren 2010 bis 2022 die jährlichen Gesamtkosten für die sonstigen Unterkunftsarten (Frage 24c) jeweils entwickelt?
26. Wie haben sich in den Jahren 2010 bis 2022 die jährlichen Gesamtkosten für Unterkünfte entwickelt, die nach Tagessätzen berechnet werden?

Die Fragen 19 bis 26 werden gemeinsam beantwortet.

Die Statistiken zu Wohnsituation und Wohnkosten beschreiben die Wohnverhältnisse von Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Im Fokus stehen die Art der Unterkunft (z. B. Miete oder Eigentum), die Wohnfläche und die tatsächlichen sowie die von den Jobcentern anerkannten Wohnkosten. Für die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden von den Jobcentern die Wohnkosten der Bedarfsgemeinschaften erhoben und einer Angemessenheitsprüfung unterzogen. Die Angaben beziehen sich jeweils auf die Kosten- und Flächeninformationen der gesamten Haushaltsgemeinschaft. Neben den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft zählen dazu ggf. auch die Personen, die

nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, jedoch bei der Bestimmung der angemessenen Unterkunftskosten mit einbezogen werden. Die geltend gemachten tatsächlichen Kosten der Unterkunft können höher sein als die vom Jobcenter anerkannten Kosten der Unterkunft. Die jeweiligen Ursachen für diese Differenz von tatsächlichen und anerkannten Kosten können vielfältig sein und mit den Mitteln der Statistik nicht identifiziert werden. Neben der ggf. nicht vollständigen Übernahme der Wohnkosten durch das Jobcenter kommen dafür auch andere, in der operativen Erfassung liegende Gründe in Frage. Kommt es z. B. im Rahmen von Nebenkostenabrechnungen zu Rückerstattungen, werden diese häufig über die Reduzierung der anerkannten Kosten der Unterkunft verrechnet, ohne die tatsächlichen Kosten der Unterkunft ebenfalls anzupassen. Die Erfassungspraxis im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ist vermutlich nicht in allen Kommunen identisch und wird auch darüber hinaus aufgrund regional unterschiedlicher Gegebenheiten nicht in allen Jobcentern gleich sein. Aus diesen Gründen ist die regionale Vergleichbarkeit eingeschränkt und die Statistik verzichtet in der Regel auf die Bildung von Reihenfolgen oder Rankings, wie z. B. den Ausweis der 25 Kreise mit den höchsten/niedrigsten anerkannten/tatsächlichen Kosten der Unterkunft. Stattdessen werden in der beigefügten Tabelle 6 im Anhang alle Regionen/Kreise ausgewiesen.*

Aufgrund der Besonderheiten bei den sonstigen Unterkunftsarten (z. B. bei den Tagessätzen) werden die Differenzen von anerkannten und tatsächlichen Kosten der Unterkunft nur für die Unterkunftsart Miete ausgewiesen. Es ist zu beachten, dass die Differenzbeträge nur für diejenigen Bedarfsgemeinschaften ausgewiesen werden, in denen es auch eine Differenz zwischen tatsächlichen und anerkannten Kosten der Unterkunft gab. Ebenso wird auf eine Darstellung der Differenz nach Quadratmetern (m²) verzichtet, da diese Informationen teilweise ungewöhnlichen Schwankungen unterliegen, deren Ursachen nicht eindeutig und abschließend geklärt werden können und Vergleiche dadurch merklich verzerrt sein können.

Die durchschnittlichen tatsächlichen Kosten der Unterkunft je m² beliefen sich im Oktober 2022 (Jahresergebnisse für 2022 liegen noch nicht vor) auf 10,71 Euro pro m². Im Jahr 2011 waren es 7,35 Euro. Die durchschnittlichen anerkannten Kosten der Unterkunft betragen im Jahr 2011 7,07 Euro pro m² und im Oktober 2022 10,50 Euro pro m² (vgl. für eine Darstellung nach Größe der Haushaltsgemeinschaft Tabelle 7* im Anhang). Ergebnisse liegen erst ab dem Jahr 2011 vor.

Im Oktober 2022 gab es 2,86 Millionen Bedarfsgemeinschaften, darunter 2,58 Millionen mit der Unterkunftsart Miete, 47 000 mit der Unterkunftsart Wohneigentum und 55 000 mit sonstiger Unterkunftsart, hinzu kommen 171 000 Bedarfsgemeinschaften ohne Angabe. Eine Zeitreihe ab dem Jahr 2011 (ältere Ergebnisse liegen nicht vor) kann Tabelle 8* im Anhang entnommen werden.

Die Auswertung von Zahlungsansprüchen in Kombination mit der Unterkunftsart ist in der Grundsicherungsstatistik nicht möglich (vgl. Frage 25). Nach Unterkunftsart können ausschließlich die tatsächlichen oder die anerkannten Kosten der Unterkunft dargestellt werden – im Kontext dieser Fragestellung bilden die anerkannten Kosten der Unterkunft den Auswertungswunsch am sinnvollsten ab. Die Gesamtkosten für die sonstigen Unterkunftsarten belaufen sich im Jahr 2021 (Daten für 2022 liegen noch nicht vor) auf 615 Mio. Euro und im Jahr 2011 lagen die Kosten bei 90 Mio. Euro (ältere Ergebnisse liegen nicht vor). Es ist zu beachten, dass die Daten zu den anerkannten Wohnkosten für „sonstige Unterkunftsarten“ nicht gleichzusetzen sind mit den tatsächlich im

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6058 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende geleisteten Zahlungsansprüchen für Kosten der Unterkunft und Heizung der entsprechenden Bedarfsgemeinschaften mit dieser Unterkunftsart. Vielmehr handelt es sich um die geltend gemachten Wohnkosten der jeweiligen Bedarfsgemeinschaften. Diese werden zunächst als Bedarf für die jeweiligen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften umgerechnet und dann ggf. im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung um angerechnetes Einkommen sowie ggf. um Leistungsminderungen bzw. Sanktionen reduziert, so dass sich daraus erst der Zahlungsanspruch ergibt. Die entsprechenden Daten sind in Tabelle 9* im Anhang enthalten.

Gesamtkosten für Unterkünfte, deren Kosten nach Tagessätzen berechnet werden (vgl. Frage 26) können nicht separat dargestellt werden. Sie sind jedoch eine Teilgröße der sonstigen Unterkunftsart.

27. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung, dass eine zum Mindestlohn beschäftigte Person, trotz Vollzeiterwerbstätigkeit, auf staatliche Transferleistungen (Wohngeld) angewiesen ist (siehe Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 73 und 74 des Abgeordneten René Springer auf Bundestagsdrucksache 20/5289 sowie die Auswertung des IAB unter <https://www.iab-forum.de/grundsicherung-fuer-arbeitsuchende-hohe-kosten-der-unterkunft-koennen-die-integration-in-den-arbeitsmarkt-erschweren/?pdf=29976>)?

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz ist am 1. Januar 2023 die bisher umfangreichste Wohngeldverbesserung in Kraft getreten. Die Höhe des Wohngeldes wurde deutlich angehoben und eine dauerhafte Heizkostenkomponente sowie eine Klimakomponente eingeführt. Das Wohngeld für die bisherigen Wohngeldhaushalte verdoppelt sich im Schnitt, der Empfängerkreis wird verdreifacht. Damit wird die Wirksamkeit des Wohngeldes wie nie zuvor erhöht und die Haushalte mit geringen Einkommen entlastet, die es am dringendsten benötigen. Viele Haushalte oberhalb der bisherigen Einkommensgrenzen des Wohngeldes werden anspruchsberechtigt. Damit wird das Wohngeld zu einer Unterstützungsleistung für deutlich mehr Menschen im Niedrigeinkommensbereich. Diese Stärkung des Wohngeldes führt dazu, dass nun auch viele Menschen, die zum Mindestlohn arbeiten, wohngeldberechtigt sind. Ihre Wohnkostenbelastung wird dadurch spürbar reduziert und ihr verfügbares Einkommen erhöht.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6058 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Tabelle 1: Bestand an Regelleistungsberechtigten (RLB), erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) sowie erwerbstätigen ELB¹⁾

Deutschland, West/Ost, Länder

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Merkmale	RLB		dar.			
			ELB		dar.	
	absolut	Anteile an insgesamt in %	absolut	Anteile an insgesamt in %	erwerbstätige ELB	
					absolut	Anteile an insgesamt in %
1	2	3	4	5	6	
Deutschland	5.392.314	100,0	3.831.661	100,0	806.992	100,0
Westdeutschland	4.159.636	77,1	2.923.379	76,3	614.702	76,2
Ostdeutschland	1.232.678	22,9	908.282	23,7	192.290	23,8
01 Schleswig-Holstein	189.858	3,5	134.437	3,5	30.654	3,8
02 Hamburg	184.883	3,4	131.977	3,4	25.093	3,1
03 Niedersachsen	531.407	9,9	375.027	9,8	81.330	10,1
04 Bremen	95.929	1,8	66.777	1,7	13.788	1,7
05 Nordrhein-Westfalen	1.552.823	28,8	1.094.733	28,6	225.973	28,0
06 Hessen	407.897	7,6	280.777	7,3	61.176	7,6
07 Rheinland-Pfalz	216.905	4,0	151.888	4,0	31.956	4,0
08 Baden-Württemberg	467.562	8,7	326.779	8,5	69.838	8,7
09 Bayern	432.657	8,0	304.364	7,9	63.156	7,8
10 Saarland	79.715	1,5	56.620	1,5	11.738	1,5
11 Berlin	451.749	8,4	323.980	8,5	71.681	8,9
12 Brandenburg	146.558	2,7	109.629	2,9	23.291	2,9
13 Mecklenburg-Vorpommern	108.495	2,0	82.084	2,1	16.827	2,1
14 Sachsen	240.442	4,5	179.788	4,7	39.214	4,9
15 Sachsen-Anhalt	170.453	3,2	128.280	3,3	24.229	3,0
16 Thüringen	114.981	2,1	84.521	2,2	17.048	2,1
Deutsche	2.892.952	53,6	2.092.509	54,6	455.047	56,4
Ausländer	2.499.311	46,3	1.739.127	45,4	351.941	43,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB), die über Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit und/oder über Betriebsgewinn aus selbständiger Tätigkeit verfügen.

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) in den TOP 15 Berufsgruppen nach KidB 2010

Deutschland

Juli 2022, Datenstand: Februar 2023

Auswertungen für erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik haben eine Wartezeit von 6 Monaten.

Berufsgruppe	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte erwerbstätige ELB	Anteil an insgesamt in %
	1	2
Insgesamt	412.506	100,0
541 Reinigung	60.283	14,6
513 Lagerwirt.,Post,Zustellung,Güterumschlag	36.009	8,7
621 Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	34.871	8,5
293 Speisenzubereitung	25.668	6,2
521 Fahrzeugführung im Straßenverkehr	25.570	6,2
633 Gastronomie	22.032	5,3
831 Erziehung,Sozialarb.,Heilerziehungspfl.	19.142	4,6
714 Büro und Sekretariat	13.413	3,3
832 Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	12.471	3,0
823 Körperpflege	10.774	2,6
321 Hochbau	10.066	2,4
623 Verkauf von Lebensmitteln	9.418	2,3
821 Altenpflege	8.335	2,0
531 Obj.-,Pers.-,Brandschutz,Arbeitssicherh.	7.409	1,8
341 Gebäudetechnik	6.978	1,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach den TOP 10 Wirtschaftsgruppen der WZ 2008

Deutschland

Juli 2022, Datenstand: Februar 2023

Auswertungen für erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik haben eine Wartezeit von 6 Monaten.

Wirtschaftsgruppen		Sozialversicherungspflichtig beschäftigte erwerbstätige ELB	Anteil an insgesamt in %
		1	2
Insgesamt		412.506	100,0
812	Reinig. v. Gebäuden, Straßen u. Verkehrsm.	41.795	10,1
561	Rest., Gastst., Imbissst., Café, Eissal. u. Ä.	32.576	7,9
471	EH m. Waren vers. Art (in Verkaufsräumen)	20.656	5,0
782	Befristete Überlassung v. Arbeitskräften	20.264	4,9
960	Erbr. von sonst. überwiegend persönl. DL	15.964	3,9
889	Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)	13.770	3,3
477	Einzelh. m. sonst. Gütern (in Verk.räumen)	12.443	3,0
493	Sonstige Pers.beförderung im Landverkehr	11.969	2,9
881	Soz. Betreuung ält. Menschen u. Behind.	11.595	2,8
532	Sonst. Post-, Kurier- u. Expressdienste	11.179	2,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 4: Abhängig erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)¹⁾ nach Höhe des Bruttoerwerbseinkommens

Deutschland, West/Ost, Länder
Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Merkmale	Abhängig erwerbstätige ELB	dar. nach Höhe des Bruttoerwerbseinkommens													
		bis 450 Euro	Anteil an Sp.1 in %	bis 520 Euro	Anteil an Sp.1 in %	>450 bis 850 Euro	Anteil an Sp.1 in %	>850 bis 1200 Euro	Anteil an Sp.1 in %	>1200 bis 1500 Euro	Anteil an Sp.1 in %	>1500 bis 2000 Euro	Anteil an Sp.1 in %	>2000 Euro	Anteil an Sp.1 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Deutschland	747.349	327.362	43,8	357.787	47,9	145.441	19,5	127.359	17,0	61.257	8,2	53.599	7,2	32.331	4,3
Westdeutschland	575.955	255.742	44,4	277.473	48,2	108.970	18,9	99.649	17,3	46.399	8,1	39.663	6,9	25.532	4,4
Ostdeutschland	171.394	71.620	41,8	80.314	46,9	36.471	21,3	27.710	16,2	14.858	8,7	13.936	8,1	6.799	4,0
01 Schleswig-Holstein	28.545	11.849	41,5	12.983	45,5	5.521	19,3	5.272	18,5	2.486	8,7	2.118	7,4	1.299	4,6
02 Hamburg	23.415	8.725	37,3	9.831	42,0	4.990	21,3	4.574	19,5	2.150	9,2	1.826	7,8	1.150	4,9
03 Niedersachsen	76.024	33.904	44,6	36.820	48,4	14.313	18,8	13.225	17,4	6.181	8,1	5.198	6,8	3.203	4,2
04 Bremen	12.891	6.189	48,0	6.624	51,4	2.290	17,8	2.046	15,9	994	7,7	852	6,6	520	4,0
05 Nordrhein-Westfalen	212.104	101.155	47,7	108.897	51,3	40.876	19,3	34.126	16,1	15.481	7,3	12.917	6,1	7.549	3,6
06 Hessen	57.129	22.929	40,1	25.173	44,1	11.089	19,4	10.856	19,0	5.067	8,9	4.522	7,9	2.666	4,7
07 Rheinland-Pfalz	30.020	13.334	44,4	14.510	48,3	5.907	19,7	5.293	17,6	2.253	7,5	1.947	6,5	1.286	4,3
08 Baden-Württemberg	65.992	29.150	44,2	31.522	47,8	11.220	17,0	11.532	17,5	5.614	8,5	4.770	7,2	3.706	5,6
09 Bayern	58.833	23.821	40,5	26.009	44,2	10.433	17,7	10.787	18,3	5.321	9,0	4.738	8,1	3.733	6,3
10 Saarland	11.002	4.686	42,6	5.104	46,4	2.331	21,2	1.938	17,6	852	7,7	775	7,0	420	3,8
11 Berlin	62.083	22.468	36,2	26.383	42,5	15.915	25,6	10.730	17,3	5.367	8,6	5.087	8,2	2.516	4,1
12 Brandenburg	21.308	9.614	45,1	10.564	49,6	3.906	18,3	3.300	15,5	1.976	9,3	1.633	7,7	879	4,1
13 Mecklenburg-Vorpommern	15.540	7.232	46,5	7.989	51,4	2.829	18,2	2.138	13,8	1.351	8,7	1.355	8,7	635	4,1
14 Sachsen	34.982	15.632	44,7	17.044	48,7	6.593	18,8	5.536	15,8	3.042	8,7	2.845	8,1	1.334	3,8
15 Sachsen-Anhalt	22.092	9.796	44,3	10.834	49,0	4.465	20,2	3.460	15,7	1.839	8,3	1.750	7,9	782	3,5
16 Thüringen	15.389	6.878	44,7	7.500	48,7	2.763	18,0	2.546	16,5	1.283	8,3	1.266	8,2	653	4,2
unter 18 Jahre	9.560	7.003	73,3	7.311	76,5	2.078	21,7	459	4,8	16	0,2	4	0,0	-	-
unter 25 Jahre	80.007	38.956	48,7	42.388	53,0	23.102	28,9	12.941	16,2	2.447	3,1	1.679	2,1	882	1,1
25 bis unter 55 Jahre	517.832	207.778	40,1	228.305	44,1	95.607	18,5	92.014	17,8	48.012	9,3	45.026	8,7	29.395	5,7
55 Jahre und älter	149.510	80.628	53,9	87.094	58,3	26.732	17,9	22.404	15,0	10.798	7,2	6.894	4,6	2.054	1,4
Single-BG	270.972	143.117	52,8	155.218	57,3	55.204	20,4	48.123	17,8	18.381	6,8	5.400	2,0	747	0,3
Alleinerziehende-BG	131.066	57.302	43,7	62.261	47,5	25.419	19,4	26.652	20,3	12.941	9,9	7.173	5,5	1.579	1,2
Alleinerziehende-BG mit 1 Kind	77.191	32.018	41,5	34.908	45,2	15.379	19,9	16.794	21,8	8.093	10,5	4.160	5,4	747	1,0
Alleinerziehende-BG mit 2 Kindern	39.815	17.864	44,9	19.392	48,7	7.490	18,8	7.687	19,3	3.885	9,8	2.290	5,8	599	1,5
Partner-BG ohne Kinder	96.226	41.792	43,4	45.786	47,6	18.020	18,7	14.406	15,0	8.095	8,4	9.810	10,2	4.103	4,3
Partner-BG mit 1 Kind	74.548	25.628	34,4	28.527	38,3	13.792	18,5	11.604	15,6	6.822	9,2	9.602	12,9	7.100	9,5
Partner-BG mit 2 Kindern	78.430	25.611	32,7	28.525	36,4	14.459	18,4	12.299	15,7	7.375	9,4	10.273	13,1	8.413	10,7
Partner-BG mit 3 und mehr Kindern	74.293	24.408	32,9	27.102	36,5	13.132	17,7	10.479	14,1	6.099	8,2	10.147	13,7	10.028	13,5
Deutsche	413.151	188.557	45,6	203.885	49,3	75.336	18,2	73.202	17,7	36.788	8,9	26.130	6,3	13.138	3,2
Ausländer	334.195	138.804	41,5	153.901	46,1	70.105	21,0	54.156	16,2	24.469	7,3	27.468	8,2	19.193	5,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Abhängig erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB), die über Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit verfügen.

Tabelle 5: Bestand an Regelleistungsberechtigten (RLB), erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) und erwerbstätigen ELB¹⁾ nach bisheriger Verweildauer im Regelleistungsbezug

Deutschland

Juni 2022, Datenstand: Februar 2023

Die Veröffentlichung der Verweildauern im SGB II erfolgt für die Monatsberichte Juni und Dezember.

Die bisherige Verweildauer im Regelleistungsbezug misst, wie lange eine Person, die zum Stichtag im Bestand ist, bereits Regelleistungsberechtigter (RLB) ist.

Merkmale		Bestand	klassiert nach bisheriger Verweildauer im Regelleistungsbezug				
			unter 1 Jahr	1 bis unter 2 Jahre	2 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 4 Jahre	4 Jahre und länger
		1	2	3	4	5	6
RLB	Insgesamt	5.327.789	1.449.593	617.548	514.220	383.113	2.363.315
	unter 18 Jahre	1.739.065	549.436	223.564	177.803	142.791	645.471
	unter 25 Jahre	2.162.865	704.233	284.533	221.643	172.923	779.533
	25 bis unter 55 Jahre	2.413.548	634.952	273.100	235.718	170.290	1.099.488
	55 Jahre und älter	751.376	110.408	59.915	56.859	39.900	484.294
	Deutsche	2.976.410	590.729	381.562	314.445	218.158	1.471.516
	Ausländer	2.351.322	858.853	235.982	199.773	164.947	891.767
ELB	Insgesamt	3.798.683	962.877	417.039	352.347	253.243	1.813.177
	unter 18 Jahre	250.865	67.918	26.192	19.593	15.170	121.992
	unter 25 Jahre	671.782	222.244	86.893	63.192	45.087	254.366
	25 bis unter 55 Jahre	2.392.909	632.423	271.453	233.961	169.082	1.085.990
	55 Jahre und älter	733.992	108.210	58.693	55.194	39.074	472.821
	Deutsche	2.159.269	397.328	258.523	216.997	146.145	1.140.276
	Ausländer	1.639.389	565.542	158.513	135.350	107.095	672.889
erwerbstätige ELB	Insgesamt	816.379	160.053	96.191	84.579	55.184	420.372
	unter 18 Jahre	7.620	1.601	808	645	478	4.088
	unter 25 Jahre	78.787	28.038	12.133	8.358	5.404	24.854
	25 bis unter 55 Jahre	567.527	114.044	69.491	61.346	40.967	281.679
	55 Jahre und älter	170.065	17.971	14.567	14.875	8.813	113.839
	Deutsche	472.915	84.533	55.312	49.725	30.366	252.979
	Ausländer	343.458	75.519	40.878	34.854	24.817	167.390

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB), die über Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit und/oder über Betriebsgewinn aus selbständiger Tätigkeit verfügen.

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
01001000	Flensburg, Stadt	53.404	125,07	33.995	138,19
01002000	Kiel, Landeshauptstadt	159.061	119,33	82.798	110,99
01003000	Lübeck, Hansestadt	124.582	99,19	58.450	85,08
01004000	Neumünster, Stadt	32.898	74,94	13.698	64,61
01051000	Dithmarschen	66.840	124,24	29.195	122,16
01053000	Herzogtum Lauenburg	63.441	109,01	24.607	86,34
01054000	Nordfriesland	87.926	70,84	33.494	51,91
01055000	Ostholstein	39.702	95,44	16.873	74,66
01056000	Pinneberg	133.990	127,37	42.108	90,36
01057000	Plön	31.404	128,70	10.933	95,90
01058000	Rendsburg-Eckernförde	79.087	96,80	28.137	82,03
01059000	Schleswig-Flensburg	32.157	85,80	17.698	75,85
01060000	Segeberg	55.214	137,01	24.444	119,24
01061000	Steinburg	47.620	91,75	19.018	74,29
01062000	Stormarn	66.789	96,80	25.775	78,34
02000000	Hamburg, Freie und Hansestadt	1.114.565	89,45	635.502	95,39
03101000	Braunschweig, Stadt	83.014	102,87	49.725	100,46
03102000	Salzgitter, Stadt	67.474	58,27	28.517	46,98
03103000	Wolfsburg, Stadt	25.047	94,16	10.420	76,62
03151000	Gifhorn	39.254	110,57	14.489	95,32
03153000	Goslar	46.297	90,60	22.388	74,88
03154000	Helmstedt	31.889	74,16	16.021	69,36
03155000	Northeim	47.649	75,51	17.455	57,61
03157000	Peine	73.905	76,53	21.438	52,16
03158000	Wolfenbüttel	48.134	206,58	35.297	240,11
03159000	Göttingen	38.476	88,65	13.597	61,52
03241000	Region Hannover	488.982	113,96	229.974	101,00
03251000	Diepholz	72.430	90,31	24.308	70,87
03252000	Hamel-Pyrmont	38.734	88,43	16.923	75,21
03254000	Hildesheim	60.926	69,39	24.577	55,60
03255000	Holz Minden	21.250	67,89	8.275	57,07
03256000	Nienburg (Weser)	33.970	83,67	10.334	66,67
03257000	Schaumburg	39.192	77,00	14.307	63,59
03351000	Celle	44.575	93,06	14.594	75,62
03352000	Cuxhaven	49.734	75,47	20.303	62,09
03353000	Harburg	86.042	117,38	35.654	106,11
03354000	Lüchow-Dannenberg	28.400	61,08	13.484	53,09
03355000	Lüneburg	68.836	133,40	34.166	124,69
03356000	Osterholz	61.802	73,06	20.493	52,37
03357000	Rotenburg (Wümme)	112.713	73,38	35.890	49,60
03358000	Heidekreis	96.026	76,54	46.131	64,88

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
03359000	Stade	102.796	74,92	34.764	55,27
03360000	Uelzen	12.543	80,92	6.412	73,71
03361000	Verden	99.886	72,60	31.996	46,76
03401000	Delmenhorst, Stadt	38.230	80,31	10.836	62,63
03402000	Emden, Stadt	27.343	67,35	13.957	56,05
03403000	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	110.101	181,68	77.625	198,02
03404000	Osnabrück, Stadt	73.824	123,72	42.495	135,48
03405000	Wilhelmshaven, Stadt	83.659	105,90	51.067	111,50
03451000	Ammerland	17.907	91,36	9.143	87,92
03452000	Aurich	153.410	85,56	53.578	71,82
03453000	Cloppenburg	46.790	105,38	13.801	83,64
03454000	Emsland	260.446	106,74	140.821	107,21
03455000	Friesland	39.269	90,45	12.832	65,47
03456000	Grafschaft Bentheim	63.002	111,77	29.908	103,70
03457000	Leer	265.488	118,20	128.626	100,39
03458000	Oldenburg	109.413	151,45	52.341	153,87
03459000	Osnabrück	124.681	74,91	38.347	53,80
03460000	Vechta	58.665	84,78	21.876	74,41
03461000	Wesermarsch	34.853	87,57	12.558	70,55
03462000	Wittmund	17.784	89,20	7.447	80,36
04011000	Bremen, Stadt	254.316	107,76	119.547	99,04
04012000	Bremerhaven, Stadt	57.535	66,90	24.416	55,12
05111000	Düsseldorf, Stadt	316.622	116,28	167.038	105,92
05112000	Duisburg, Stadt	366.113	80,22	147.409	66,19
05113000	Essen, Stadt	165.132	78,08	90.416	69,07
05114000	Krefeld, Stadt	176.410	78,06	74.917	61,56
05116000	Mönchengladbach, Stadt	139.140	92,08	67.624	80,70
05117000	Mülheim an der Ruhr, Stadt	108.165	118,44	43.325	91,99
05119000	Oberhausen, Stadt	88.790	80,65	46.752	72,04
05120000	Remscheid, Stadt	64.995	79,26	24.160	63,08
05122000	Solingen, Klingenstadt	100.753	90,50	36.977	66,37
05124000	Wuppertal, Stadt	280.893	36,00	113.703	28,49
05154000	Kleve	85.300	102,51	30.702	75,68
05158000	Mettmann	172.798	100,35	67.953	80,51
05162000	Rhein-Kreis Neuss	161.067	99,49	70.552	83,49
05166000	Viersen	82.541	100,54	37.810	83,83
05170000	Wesel	211.392	90,18	94.860	76,93
05314000	Bonn, Stadt	125.987	109,08	46.425	86,78
05315000	Köln, Stadt	560.042	95,33	288.563	91,43
05316000	Leverkusen, Stadt	58.110	101,95	30.108	99,37
05334000	Städteregion Aachen	317.022	98,03	134.023	86,75

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
05358000	Düren	280.956	80,11	101.685	57,93
05362000	Rhein-Erft-Kreis	141.931	97,82	52.323	79,40
05366000	Euskirchen	79.295	77,97	32.775	62,19
05370000	Heinsberg	119.065	78,44	45.544	66,10
05374000	Oberbergischer Kreis	130.366	70,97	49.968	54,91
05378000	Rheinisch-Bergischer Kreis	87.014	63,93	38.364	55,04
05382000	Rhein-Sieg-Kreis	179.025	102,18	77.147	90,55
05512000	Bottrop, Stadt	41.638	77,25	20.077	65,40
05513000	Gelsenkirchen, Stadt	179.157	75,43	76.326	63,18
05515000	Münster, Stadt	36.819	108,23	24.008	113,15
05554000	Borken	188.917	68,84	66.358	49,40
05558000	Coesfeld	31.670	72,31	10.835	52,34
05562000	Recklinghausen	184.838	73,43	83.476	60,77
05566000	Steinfurt	248.882	125,33	153.369	137,62
05570000	Warendorf	67.150	101,63	33.887	91,20
05711000	Bielefeld, Stadt	189.341	104,49	82.859	95,02
05754000	Gütersloh	84.557	99,18	35.557	84,20
05758000	Herford	96.863	75,79	35.246	57,87
05762000	Höxter	88.467	71,29	30.097	49,02
05766000	Lippe	187.896	68,03	68.512	50,28
05770000	Minden-Lübbecke	115.933	67,00	44.818	52,53
05774000	Paderborn	112.215	94,30	41.264	69,12
05911000	Bochum, Stadt	116.493	95,33	53.874	83,27
05913000	Dortmund, Stadt	210.252	82,35	102.638	70,59
05914000	Hagen, Stadt der FernUniversität	158.126	100,97	55.625	80,62
05915000	Hamm, Stadt	124.190	117,24	51.271	89,47
05916000	Herne, Stadt	93.841	97,55	39.290	82,03
05954000	Ennepe-Ruhr-Kreis	46.339	70,00	21.464	58,33
05958000	Hochsauerlandkreis	64.939	77,72	28.430	61,97
05962000	Märkischer Kreis	139.972	79,76	61.463	66,59
05966000	Olpe	49.831	70,09	18.853	53,86
05970000	Siegen-Wittgenstein	87.220	74,87	37.281	60,92
05974000	Soest	95.240	81,05	38.898	70,85
05978000	Unna	174.244	79,75	82.441	69,16
06411000	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	37.046	125,15	18.984	107,25
06412000	Frankfurt am Main, Stadt	479.311	92,73	184.063	65,39
06413000	Offenbach am Main, Stadt	121.338	122,85	54.506	100,18
06414000	Wiesbaden, Landeshauptstadt	211.336	91,55	74.172	69,51
06431000	Bergstraße	57.204	86,95	18.348	60,55
06432000	Darmstadt-Dieburg	137.596	87,94	44.264	64,21
06433000	Groß-Gerau	38.950	106,71	12.943	85,72

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
06434000	Hochtaunuskreis	27.833	99,54	10.460	75,26
06435000	Main-Kinzig-Kreis	59.770	120,50	17.032	86,02
06436000	Main-Taunus-Kreis	58.500	118,90	22.629	109,32
06437000	Odenwaldkreis	33.760	79,48	9.905	54,40
06438000	Offenbach	51.216	127,40	17.762	107,65
06439000	Rheingau-Taunus-Kreis	52.925	85,09	17.893	63,23
06440000	Wetteraukreis	141.665	128,20	36.280	90,70
06531000	Gießen	97.262	121,27	35.955	102,73
06532000	Lahn-Dill-Kreis	83.865	80,30	24.422	57,33
06533000	Limburg-Weilburg	63.656	96,16	18.016	74,14
06534000	Marburg-Biedenkopf	69.565	73,57	27.658	52,89
06535000	Vogelsbergkreis	17.972	90,77	4.926	71,39
06611000	Kassel, documenta-Stadt	215.067	103,30	110.421	112,91
06631000	Fulda	78.572	66,79	23.272	43,95
06632000	Hersfeld-Rotenburg	44.560	65,34	12.882	46,84
06633000	Kassel	80.024	93,16	24.804	72,10
06634000	Schwalm-Eder-Kreis	57.236	90,14	22.191	73,73
06635000	Waldeck-Frankenberg	37.292	83,06	9.549	57,52
06636000	Werra-Meißner-Kreis	35.564	77,82	10.430	57,00
07111000	Koblenz, kreisfreie Stadt	66.138	64,09	23.350	52,00
07131000	Ahrweiler	54.751	108,42	16.474	81,56
07132000	Altenkirchen (Westerwald)	61.489	60,76	23.417	47,69
07133000	Bad Kreuznach	127.993	82,05	40.973	58,45
07134000	Birkenfeld	25.504	81,22	9.957	65,08
07135000	Cochem-Zell	19.332	88,68	7.723	70,21
07137000	Mayen-Koblenz	61.158	73,70	18.332	53,30
07138000	Neuwied	85.482	76,53	35.118	63,97
07140000	Rhein-Hunsrück-Kreis	23.973	85,62	8.409	68,92
07141000	Rhein-Lahn-Kreis	54.209	100,02	16.375	82,28
07143000	Westerwaldkreis	101.996	113,33	37.576	93,94
07211000	Trier, kreisfreie Stadt	16.075	80,78	9.020	67,32
07231000	Bernkastel-Wittlich	16.924	96,71	5.880	81,67
07232000	Eifelkreis Bitburg-Prüm	13.086	134,91	5.789	125,85
07233000	Vulkaneifel	19.003	96,95	6.431	69,15
07235000	Trier-Saarburg	21.107	81,49	5.543	56,56
07311000	Frankenthal (Pfalz), kreisfreie Stadt	17.013	122,39	5.328	90,31
07312000	Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	59.633	90,08	21.522	74,47
07313000	Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	43.556	155,56	19.273	156,69
07314000	Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	134.344	111,49	46.678	86,92
07315000	Mainz, kreisfreie Stadt	79.465	120,22	36.115	97,87
07316000	Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt	28.480	93,07	10.478	75,38

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
07317000	Pirmasens, kreisfreie Stadt	43.579	59,62	17.828	47,67
07318000	Speyer, kreisfreie Stadt	18.127	86,32	7.254	71,82
07319000	Worms, kreisfreie Stadt	75.051	99,67	24.940	74,23
07320000	Zweibrücken, kreisfreie Stadt	10.822	81,37	5.172	73,89
07331000	Alzey-Worms	56.703	121,42	15.110	82,57
07332000	Bad Dürkheim	48.127	114,04	19.101	105,53
07333000	Donnersbergkreis	27.156	101,71	12.250	92,80
07334000	Germersheim	45.450	115,65	19.077	102,02
07335000	Kaiserslautern	75.009	108,08	24.710	91,18
07336000	Kusel	34.143	66,43	10.438	44,23
07337000	Südliche Weinstraße	46.451	103,68	15.839	87,51
07338000	Rhein-Pfalz-Kreis	50.832	128,04	14.975	88,61
07339000	Mainz-Bingen	36.525	113,43	14.038	98,86
07340000	Südwestpfalz	13.013	130,03	5.468	112,63
08111000	Stuttgart, Landeshauptstadt	94.602	122,57	56.880	112,78
08115000	Böblingen	78.375	93,75	29.697	78,77
08116000	Esslingen	168.037	90,29	71.957	72,03
08117000	Göppingen	106.775	85,15	40.775	70,55
08118000	Ludwigsburg	76.537	70,67	30.183	65,14
08119000	Rems-Murr-Kreis	56.166	118,49	21.849	102,58
08121000	Heilbronn, Universitätsstadt	82.843	105,40	31.998	90,90
08125000	Heilbronn	120.595	91,43	44.486	75,53
08126000	Hohenlohekreis	15.729	70,85	5.712	53,39
08127000	Schwäbisch Hall	32.333	87,62	14.096	66,49
08128000	Main-Tauber-Kreis	19.774	109,25	6.111	80,41
08135000	Heidenheim	28.430	76,02	14.378	65,06
08136000	Ostalbkreis	78.153	73,87	26.978	53,30
08211000	Baden-Baden, Stadt	27.301	112,81	13.047	101,93
08212000	Karlsruhe, Stadt	95.415	138,28	51.560	127,31
08215000	Karlsruhe	86.746	93,98	38.824	82,60
08216000	Rastatt	67.001	101,52	24.036	78,04
08221000	Heidelberg, Stadt	30.762	125,56	14.716	105,87
08222000	Mannheim, Universitätsstadt	145.725	107,31	61.727	89,59
08225000	Neckar-Odenwald-Kreis	61.602	72,30	23.642	55,89
08226000	Rhein-Neckar-Kreis	175.847	115,83	70.192	96,67
08231000	Pforzheim, Stadt	134.072	98,03	41.766	69,85
08235000	Calw	58.340	76,97	23.546	60,22
08236000	Enzkreis	51.845	104,73	18.191	88,81
08237000	Freudenstadt	38.784	76,20	17.888	74,22
08311000	Freiburg im Breisgau, Stadt	187.177	148,20	80.988	123,27
08315000	Breisgau-Hochschwarzwald	66.453	153,83	27.323	135,94

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
08316000	Emmendingen	48.104	90,08	16.051	77,54
08317000	Ortenaukreis	158.264	68,07	42.532	43,87
08325000	Rottweil	28.744	79,62	9.736	62,82
08326000	Schwarzwald-Baar-Kreis	101.277	99,58	32.004	77,68
08327000	Tuttlingen	24.873	101,94	8.835	82,57
08335000	Konstanz	97.841	101,92	40.277	92,59
08336000	Lörrach	101.022	121,71	35.236	100,39
08337000	Waldshut	59.370	68,64	18.823	51,01
08415000	Reutlingen	91.138	83,31	39.130	69,50
08416000	Tübingen	66.333	107,51	36.757	102,67
08417000	Zollernalbkreis	55.473	83,54	19.879	68,79
08421000	Ulm, Universitätsstadt	54.950	136,35	24.829	119,95
08425000	Alb-Donau-Kreis	40.441	58,78	10.858	41,44
08426000	Biberach	37.103	81,63	14.130	68,39
08435000	Bodenseekreis	45.021	84,52	21.852	74,92
08436000	Ravensburg	40.532	112,55	16.880	100,24
08437000	Sigmaringen	27.111	71,53	8.124	51,42
09161000	Ingolstadt, Stadt	61.472	98,81	19.065	66,05
09162000	München, Landeshauptstadt	899.162	200,17	329.296	152,88
09163000	Rosenheim, Stadt	23.167	148,51	5.891	87,93
09171000	Altötting	13.639	108,24	3.805	77,66
09172000	Berchtesgadener Land	16.901	149,57	8.058	122,09
09173000	Bad Tölz-Wolfratshausen	17.471	166,39	6.784	128,01
09174000	Dachau	35.354	210,44	15.478	179,97
09175000	Ebersberg	18.997	228,88	6.892	172,30
09176000	Eichstätt	17.765	92,04	5.763	82,33
09177000	Erding	17.998	110,42	7.803	108,37
09178000	Freising	26.476	168,64	10.677	128,64
09179000	Fürstenfeldbruck	34.303	190,57	13.817	181,80
09180000	Garmisch-Partenkirchen	13.523	130,03	7.368	118,83
09181000	Landsberg am Lech	14.336	116,55	4.749	81,88
09182000	Miesbach	4.958	45,51	2.912	46,22
09183000	Mühldorf a.Inn	22.404	136,61	11.995	133,28
09184000	München	45.234	105,99	19.534	89,64
09185000	Neuburg-Schrobenhausen	8.362	108,60	3.195	81,93
09186000	Pfaffenhofen a.d. Ilm	17.363	156,42	8.128	135,46
09187000	Rosenheim	46.713	149,72	21.456	121,91
09188000	Starnberg	33.981	137,02	16.153	120,54
09189000	Traunstein	26.038	114,71	12.219	94,72
09190000	Weilheim-Schongau	41.460	126,40	18.987	98,38
09261000	Landshut, Stadt	19.677	138,57	7.951	128,24

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
09262000	Passau, Stadt	12.965	72,43	6.688	69,67
09263000	Straubing, Stadt	8.818	102,54	2.644	88,14
09271000	Deggendorf	11.161	78,05	4.946	68,69
09272000	Freyung-Grafenau	5.216	73,47	2.911	64,68
09273000	Kelheim	18.124	59,42	6.511	43,99
09274000	Landshut	15.808	145,03	5.586	121,44
09275000	Passau	27.427	92,97	7.635	70,05
09276000	Regen	8.188	72,46	3.334	69,45
09277000	Rottal-Inn	40.011	73,69	14.112	59,80
09278000	Straubing-Bogen	8.646	104,17	4.185	116,26
09279000	Dingolfing-Landau	22.255	122,96	6.322	100,34
09361000	Amberg, Stadt	9.315	84,68	5.184	82,28
09362000	Regensburg, Stadt	81.885	128,35	38.082	109,43
09363000	Weiden i.d.OPf., Stadt	19.378	81,08	10.375	75,73
09371000	Amberg-Sulzbach	8.827	64,43	4.824	61,85
09372000	Cham	14.228	38,14	7.047	40,04
09373000	Neumarkt i.d.OPf.	8.261	92,82	2.754	64,05
09374000	Neustadt a.d.Waldnaab	8.306	88,36	3.294	71,61
09375000	Regensburg	34.436	98,67	10.799	62,06
09376000	Schwandorf	16.885	82,37	5.683	59,20
09377000	Tirschenreuth	6.320	66,53	3.594	59,90
09461000	Bamberg, Stadt	24.352	74,93	12.619	65,72
09462000	Bayreuth, Stadt	21.289	89,07	10.839	74,24
09463000	Coburg, Stadt	20.422	90,36	9.830	81,92
09464000	Hof, Stadt	16.305	83,62	9.867	83,61
09471000	Bamberg	16.247	53,80	6.515	47,91
09472000	Bayreuth	9.396	79,63	3.774	68,61
09473000	Coburg	13.751	75,55	7.507	68,87
09474000	Forchheim	27.266	101,36	9.747	76,75
09475000	Hof	15.638	113,32	7.697	98,68
09476000	Kronach	12.002	97,58	6.523	105,21
09477000	Kulmbach	16.813	63,45	7.003	51,88
09478000	Lichtenfels	16.094	65,42	6.346	51,18
09479000	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	16.665	68,02	6.073	56,75
09561000	Ansbach, Stadt	7.244	95,31	2.596	66,56
09562000	Erlangen, Stadt	10.436	102,32	4.090	69,33
09563000	Fürth, Stadt	88.321	130,46	34.952	105,91
09564000	Nürnberg, Stadt	463.960	132,75	181.236	109,64
09565000	Schwabach, Stadt	10.249	129,73	4.477	111,92
09571000	Ansbach	14.658	74,40	5.863	61,07
09572000	Erlangen-Höchstadt	19.200	112,28	5.478	72,08

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
09573000	Fürth	17.969	78,47	6.595	56,86
09574000	Nürnberger Land	21.899	91,63	9.907	80,54
09575000	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	12.842	58,37	5.022	52,31
09576000	Roth	22.553	74,43	9.923	61,63
09577000	Weißenburg-Gunzenhausen	17.895	94,68	6.624	73,60
09661000	Aschaffenburg, Stadt	27.844	122,12	11.468	103,32
09662000	Schweinfurt, Stadt	13.431	113,07	6.215	109,72
09663000	Würzburg, Stadt	38.208	138,44	20.001	121,22
09671000	Aschaffenburg	37.394	90,76	12.833	74,61
09672000	Bad Kissingen	15.259	63,84	5.476	49,33
09673000	Rhön-Grabfeld	6.634	42,80	3.153	40,95
09674000	Haßberge	13.332	70,92	4.648	54,69
09675000	Kitzingen	14.350	56,72	4.653	40,11
09676000	Miltenberg	16.431	76,42	6.073	63,26
09677000	Main-Spessart	22.212	85,10	8.543	62,36
09678000	Schweinfurt	9.842	93,74	4.664	83,29
09679000	Würzburg	9.039	107,61	2.204	53,76
09761000	Augsburg, Stadt	127.370	126,99	50.739	102,30
09762000	Kaufbeuren, Stadt	9.109	82,07	4.066	58,93
09763000	Kempten (Allgäu), Stadt	11.512	101,88	4.976	82,94
09764000	Memmingen, Stadt	7.722	99,00	4.836	102,89
09771000	Aichach-Friedberg	10.434	130,43	2.943	77,44
09772000	Augsburg	75.749	175,75	45.153	220,26
09773000	Dillingen a.d.Donau	8.477	92,14	2.076	57,66
09774000	Günzburg	17.808	75,77	6.256	56,85
09775000	Neu-Ulm	47.302	129,24	16.410	97,10
09776000	Lindau (Bodensee)	19.106	170,58	7.078	116,04
09777000	Ostallgäu	10.632	95,78	4.938	75,97
09778000	Unterallgäu	11.671	89,78	6.262	93,46
09779000	Donau-Ries	17.509	115,19	5.121	82,60
09780000	Oberallgäu	70.417	201,79	37.434	194,76
10041000	Regionalverband Saarbrücken	201.060	79,85	92.985	67,72
10042000	Merzig-Wadern	35.273	69,30	12.159	49,43
10043000	Neunkirchen	73.589	79,38	28.063	61,95
10044000	Saarlouis	75.952	94,08	33.527	82,00
10045000	Saarpfalz-Kreis	58.156	85,40	19.047	65,45
10046000	St. Wendel	40.377	73,31	17.014	62,30
11000000	Berlin, Stadt	3.111.224	148,24	1.627.519	144,32
12051000	Brandenburg an der Havel, Stadt	33.034	91,25	17.737	77,79
12052000	Cottbus, Stadt	21.865	67,69	15.029	63,95
12053000	Frankfurt (Oder), Stadt	23.765	78,69	12.152	72,77

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
12054000	Potsdam, Stadt	57.442	177,84	39.231	191,37
12060000	Barnim	58.141	85,88	27.050	66,30
12061000	Dahme-Spreewald	51.143	120,34	17.929	87,03
12062000	Elbe-Elster	18.431	107,78	12.500	104,17
12063000	Havelland	26.896	115,43	13.000	104,84
12064000	Märkisch-Oderland	51.457	91,07	28.333	82,36
12065000	Oberhavel	20.976	77,57	12.014	66,20
12066000	Oberspreewald-Lausitz	33.575	83,31	18.362	68,01
12067000	Oder-Spree	11.747	81,80	6.484	64,80
12068000	Ostprignitz-Ruppin	15.041	82,64	7.810	66,75
12069000	Potsdam-Mittelmark	18.649	97,48	9.241	79,13
12070000	Prignitz	18.166	97,14	8.495	77,94
12071000	Spree-Neiße	29.770	62,80	16.240	54,60
12072000	Teltow-Fläming	29.923	118,27	16.068	95,64
12073000	Uckermark	19.527	50,15	12.667	46,53
13003000	Rostock, Hanse- und Universitätsstadt	60.667	103,88	32.831	90,44
13004000	Schwerin, Landeshauptstadt	55.911	98,61	32.581	89,26
13071000	Mecklenburgische Seenplatte	117.868	79,48	61.585	68,20
13072000	Landkreis Rostock	34.562	102,86	16.388	89,55
13073000	Vorpommern-Rügen	11.018	84,10	4.950	65,99
13074000	Nordwestmecklenburg	52.304	76,47	27.781	69,11
13075000	Vorpommern-Greifswald	63.232	90,85	38.194	88,41
13076000	Ludwigslust-Parchim	48.122	81,56	23.767	69,90
14511000	Chemnitz, Stadt	78.905	64,36	38.094	52,18
14521000	Erzgebirgskreis	49.084	60,15	29.925	51,42
14522000	Mittelsachsen	42.524	74,47	18.731	63,50
14523000	Vogtlandkreis	51.703	70,44	28.849	65,27
14524000	Zwickau	47.521	67,60	25.883	58,96
14612000	Dresden, Stadt	252.581	110,98	138.209	97,81
14625000	Bautzen	50.375	63,34	29.858	56,90
14626000	Görlitz	90.986	56,39	42.996	46,99
14627000	Meißen	73.052	69,57	42.603	59,67
14628000	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	72.407	79,83	33.197	63,96
14713000	Leipzig, Stadt	333.430	93,87	205.240	87,30
14729000	Leipzig	68.040	75,10	40.357	67,60
14730000	Nordsachsen	53.367	67,21	33.607	61,44
15001000	Dessau-Roßlau, Stadt	27.777	76,31	12.294	64,36
15002000	Halle (Saale), Stadt	130.679	92,35	70.699	87,07
15003000	Magdeburg, Landeshauptstadt	151.399	62,54	74.953	53,54
15081000	Altmarkkreis Salzwedel	23.622	61,04	10.853	52,18
15082000	Anhalt-Bitterfeld	42.860	65,71	21.376	56,85

Tabelle 6: Tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU)¹⁾²⁾³⁾ - Unterkunftsart Miete

Kreise und kreisfreie Städte

Oktober 2022, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Kreise und kreisfreie Städte		Insgesamt		Single-Bedarfsgemeinschaft	
		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)		Differenz tatsächliche und anerkannte KdU (in Euro)	
		Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null	Insgesamt	bezogen auf BG mit einer Differenz größer Null
			pro BG		pro BG
1	2	3	4		
15083000	Börde	48.943	74,84	23.667	64,31
15084000	Burgenlandkreis	60.394	70,96	30.824	63,13
15085000	Harz	116.528	77,06	40.966	50,99
15086000	Jerichower Land	46.345	76,60	21.572	64,98
15087000	Mansfeld-Südharz	71.079	102,27	36.685	91,26
15088000	Saalekreis	33.141	107,92	13.955	99,77
15089000	Salzlandkreis	54.870	69,81	26.007	59,24
15090000	Stendal	65.072	60,14	33.572	55,31
15091000	Wittenberg	57.031	112,93	24.533	84,60
16051000	Erfurt, Stadt	81.172	108,81	38.987	99,20
16052000	Gera, Stadt	42.370	71,93	24.627	65,15
16053000	Jena, Stadt	20.337	81,47	13.359	79,18
16054000	Suhl, Stadt	17.445	77,53	8.924	62,40
16055000	Weimar, Stadt	29.762	126,65	17.168	112,21
16061000	Eichsfeld	26.400	65,10	14.523	50,99
16062000	Nordhausen	56.488	81,05	28.091	70,05
16063000	Wartburgkreis	30.225	83,49	14.324	67,89
16064000	Unstrut-Hainich-Kreis	30.752	79,88	17.172	71,55
16065000	Kyffhäuserkreis	29.876	60,48	11.453	48,33
16066000	Schmalkalden-Meiningen	7.730	89,88	5.049	85,58
16067000	Gotha	63.666	81,41	35.138	74,44
16068000	Sömmerda	12.546	83,64	6.993	69,24
16069000	Hildburghausen	8.634	55,34	4.240	51,08
16070000	Ilm-Kreis	24.838	73,92	12.481	65,34
16071000	Weimarer Land	15.372	96,07	6.075	73,19
16072000	Sonneberg	12.142	82,04	5.630	69,51
16073000	Saalfeld-Rudolstadt	38.368	187,16	30.241	198,96
16074000	Saale-Holzland-Kreis	13.276	89,10	7.393	75,44
16075000	Saale-Orla-Kreis	17.875	95,59	7.368	68,22
16076000	Greiz	15.423	66,19	8.299	57,63
16077000	Altenburger Land	20.582	65,97	10.713	53,56

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Angaben beziehen sich jeweils auf die Bedarfsgemeinschaft bzw. den auf die Bedarfsgemeinschaft entfallenden Wohnkosten- oder Flächenanteil der Unterkunft.

2) Die Angaben beziehen sich auf Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten der Unterkunft.

3) Die Berechnung der durchschnittlichen Wohnfläche und Wohnkosten pro Quadratmeter erfolgt auf Basis der Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung, für die sinnvolle Angaben zur Wohnfläche vorliegen. Durchschnittsberechnungen, die sich auf Wohnflächen beziehen, können in Regionen mit einem großen Anteil an Fällen ohne Angabe bei der Wohnungsgröße verzerrt sein.

Tabelle 7: Laufende und anerkannte Kosten der Unterkunft pro qm ¹⁾²⁾³⁾ nach Größe der Haushaltsgemeinschaft in Euro

Deutschland
Zeitreihe, Datenstand: Februar 2023

Hinweis: Da aufgrund der vereinfachten Beantragung von SGB-II-Leistungen während der Corona Pandemie die Angemessenheit der Wohnung nicht geprüft werden muss, ist die Erfassung der richtigen Wohnfläche nicht mehr gewährleistet.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Berichtszeitraum	Laufende tatsächliche Kosten der Unterkunft pro qm							Laufende anerkannte Kosten der Unterkunft pro qm						
	Insgesamt	nach Größe der Haushaltsgemeinschaft						Insgesamt	nach Größe der Haushaltsgemeinschaft					
		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	6 und mehr Personen		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	6 und mehr Personen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Jahresdurchschnitt 2011	7,35	7,58	7,09	7,15	7,27	7,36	7,41	7,07	7,26	6,80	6,90	7,03	7,14	7,19
Jahresdurchschnitt 2012	7,45	7,67	7,18	7,26	7,40	7,51	7,56	7,20	7,38	6,91	7,03	7,19	7,32	7,37
Jahresdurchschnitt 2013	7,62	7,84	7,33	7,42	7,57	7,68	7,72	7,37	7,56	7,07	7,20	7,36	7,49	7,55
Jahresdurchschnitt 2014	7,87	8,07	7,58	7,69	7,86	7,96	8,03	7,62	7,79	7,32	7,47	7,65	7,77	7,86
Jahresdurchschnitt 2015	8,19	8,39	7,84	8,01	8,22	8,33	8,52	7,93	8,11	7,58	7,78	7,99	8,14	8,34
Jahresdurchschnitt 2016	8,47	8,66	8,07	8,28	8,53	8,74	9,07	8,22	8,38	7,81	8,05	8,30	8,54	8,89
Jahresdurchschnitt 2017	8,93	9,07	8,39	8,68	9,05	9,54	10,35	8,65	8,77	8,12	8,43	8,81	9,27	10,03
Jahresdurchschnitt 2018	9,37	9,39	8,73	9,11	9,66	10,40	11,77	9,09	9,10	8,46	8,85	9,41	10,12	11,44
Jahresdurchschnitt 2019	9,54	9,53	8,92	9,30	9,89	10,52	11,77	9,28	9,25	8,65	9,07	9,67	10,31	11,55
Jahresdurchschnitt 2020	9,78	9,81	9,12	9,49	10,06	10,71	11,96	9,53	9,55	8,87	9,26	9,86	10,52	11,76
Jahresdurchschnitt 2021	9,96	10,00	9,31	9,68	10,21	10,87	11,95	9,72	9,75	9,08	9,46	10,02	10,68	11,76
Oktober 2022	10,71	10,54	10,16	10,64	11,14	11,84	13,14	10,50	10,30	9,95	10,44	10,95	11,66	12,96

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Angaben beziehen sich jeweils auf die Kosten- und Flächeninformationen der gesamten Haushaltsgemeinschaft. Dazu zählen auch Personen, die nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, jedoch bei der Bestimmung der angemessenen Unterkunftskosten mit einbezogen werden.

2) Die Angaben beziehen sich auf Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten der Unterkunft.

3) Die Berechnung der durchschnittlichen Wohnfläche und Wohnkosten pro Quadratmeter erfolgt auf Basis der Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung, für die sinnvolle Angaben zur Wohnfläche vorliegen. Durchschnittsberechnungen, die sich auf Wohnflächen beziehen, können in Regionen mit einem großen Anteil an Fällen ohne Angabe bei der Wohnungsgröße verzerrt sein.

Tabelle 8: Bestand an Bedarfsgemeinschaften (BG) nach Art der Unterkunft

Deutschland

Zeitreihe, Datenstand: Februar 2023

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Berichtszeitraum	Insgesamt	dav.			
		Miete	Wohneigentum	sonstige ¹⁾	keine Angabe
	1	2	3	4	5
Jahresdurchschnitt 2011	3.432.347	3.141.392	156.639	5.053	129.263
Jahresdurchschnitt 2012	3.337.213	3.061.773	141.407	5.157	128.876
Jahresdurchschnitt 2013	3.337.194	3.057.205	133.852	5.951	140.185
Jahresdurchschnitt 2014	3.317.377	3.036.656	123.261	8.299	149.161
Jahresdurchschnitt 2015	3.288.220	2.993.478	104.453	35.013	155.276
Jahresdurchschnitt 2016	3.267.466	2.966.199	88.602	43.915	168.750
Jahresdurchschnitt 2017	3.262.236	2.988.060	75.172	48.022	150.981
Jahresdurchschnitt 2018	3.092.540	2.848.746	63.806	46.534	133.453
Jahresdurchschnitt 2019	2.906.469	2.682.422	55.360	43.754	124.933
Jahresdurchschnitt 2020	2.903.150	2.673.292	56.545	45.316	127.998
Jahresdurchschnitt 2021	2.829.755	2.606.984	55.343	43.533	123.895
Oktober 2022	2.855.026	2.582.736	46.570	54.512	171.208

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Unter sonstige Unterkunftsart fallen Unterkünfte, deren Kosten nach Tagessätzen berechnet werden, Unterkünfte ohne Unterkunfts-kosten (mietfrei) sowie weitere anderweitig nicht aufgeführte Unterkünfte

Tabelle 9: Laufende anerkannte Kosten der Unterkunft¹⁾ nach Unterkunftsart in Euro

Deutschland

Zeitreihe, Datenstand: Februar 2023

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Jahressummen	Laufende anerkannte Kosten der Unterkunft in Euro				
	Insgesamt	dav.			
		Miete	Wohneigentum	sonstige ²⁾	keine Angabe
	1	2	3	4	5
2011	15.394.616.240	14.934.199.194	423.759.755	31.880.144	4.777.147
2012	15.172.006.089	14.764.472.827	364.268.253	32.288.882	10.976.127
2013	15.505.241.915	15.101.209.429	346.304.870	44.761.780	12.965.836
2014	15.817.821.078	15.414.595.208	331.963.839	57.340.000	13.922.032
2015	15.848.586.978	15.478.159.929	271.120.420	86.922.450	12.384.178
2016	15.928.849.642	15.543.750.632	224.304.024	147.610.829	13.184.157
2017	16.427.609.419	16.020.870.533	184.306.207	215.906.783	6.525.895
2018	16.276.372.745	15.883.289.862	150.988.946	238.214.986	3.878.951
2019	15.711.277.983	15.350.468.466	127.460.909	231.157.605	2.191.003
2020	16.148.208.477	15.775.509.519	138.212.988	232.343.910	2.142.060
2021	16.162.051.370	15.802.591.406	135.253.844	222.493.542	1.712.578

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten der Unterkunft.

²⁾ Unter sonstige Unterkunftsart fallen Unterkünfte, deren Kosten nach Tagessätzen berechnet werden, Unterkünfte ohne Unterkunftskosten (mietfrei) sowie weitere anderweitig nicht aufgeführte Unterkünfte

